

**„Europawahlen 2014 – wie kann ich das Europa der Zukunft mitgestalten?“
Projektstage in Brandenburg**

„Wahlbeteiligung mit europaweit 43 Prozent auf Rekordtief“ titelte nach der letzten Europawahl 2009 der „Focus“. Deutschland lag mit 43,3 Prozent voll im Trend – und hielt damit das eigene Ergebnis aus der der Europawahl 2004.

Wo ein Durchschnitt ist, muss es auch ein „darüber“ und „darunter“ geben. Auf Ebene der Bundesländer ergab sich ein Bild, das keine einfach gestrickten Interpretationen zulässt: Die Erhebung zeigte ihre Amplituden im Saarland (Spitzenreiter mit 58,6%) und Brandenburg (Schlusslicht mit 29% / Wahl 2004: 26,9%). Ein Ost-West-Phänomen also? Nein, denn fast alle übrigen „neuen“ Länder (außer Sachsen-Anhalt mit immerhin noch 37,8%) lagen über dem Bundesdurchschnitt, Thüringen (53%) sogar auf Platz 3 aller Bundesländer. Wenn überhaupt, so ließ sich eine Tendenz dahingehend feststellen, dass die Wahlbeteiligung der Länder mit west- oder ost-europäischen Außengrenzen überdurchschnittlich höher liegt – alle Bundesländer ohne solche Außengrenzen haben eine Wahlbeteiligung von unter 40 Prozent. „Getragen“ wird der Bundesdurchschnitt übrigens von den „großen 4“ bevölkerungsstärksten Bundesländern mit über 5 Mio. Wahlberechtigten (sie machen immerhin 58% der insg. rund 62 Mio. Wahlberechtigten Deutschen aus), die sich entweder knapp unter dem Bundesdurchschnitt – NRW, Bayern, Niedersachsen – oder darüber einpegeln, wie Baden-Württemberg mit stattlichen 52 %.

Europa lag also zumindest 2009 bei den Wähler/innen „nicht im Trend“ – ob dies 2014 anders wird, muss sich erst noch zeigen. Wenn „bad news“ immer „good news“ wären, dann müsste es eigentlich 2014 mit der Europawahl-Beteiligung steil bergauf gehen, denn: Zwar begann die große Euro-Krise für die derzeit 17 Euro-Länder (ab 1.1.2014: 18) nicht erst 2009.

Doch die unter dem „Europäischen Rettungsschirm“ zusammengefassten Gegenmaßnahmen, und die in der Presse herbei geschriebenen Horrorszenarien (und national gefärbte Ressentiments), drangen erst ab 2010 so richtig ins öffentliche Bewusstsein. Erst nach den letzten Europawahlen wurde die Euro-Krise auch als EU-Krise aller 28 Staaten diskutiert.

Doch ob die EU am Ende gestärkt aus der öffentlichen Diskussion hervorgeht, die durch die Euro-Krise seit 2010 enorm an Dynamik gewonnen hat, ist noch nicht ausgemacht. Zwar gibt es nach wie vor gute Gründe, ein solches „gutes Ende“ anzunehmen. Doch wer heute darauf wettet, bekommt noch gute Quoten – denn natürlich existieren weiterhin massive finanz- und in der Folge auch wirtschaftspolitische Probleme in der Eurozone, die sich auch zu einer Gefahr für den Zusammenhalt der EU insgesamt auswachsen können. Umso mehr gilt es, sich für den Wert der Europäischen Einigung einzusetzen.

Europa als Vermittlungsproblem

Auf jeden Fall geschlossen werden muss eine Lücke, die derzeit weiterhin sehr auseinander klafft: Zwischen den überzeugten (Profi-) Europäern einerseits, für die der Wert Europas überhaupt nicht in Frage steht, und andererseits dem Teil von fast 60 Prozent der wahlberechtigten Einwohnern Europas, die offenbar meinen, dass es sich nicht einmal lohnt, das „niedrigschwellige“ Partizipations-Angebot „Europawahl“ anzunehmen und für das Europaparlament die Stimme abzugeben.

Es gibt ein Vermittlungsproblem. Diese Erkenntnis ist ebenso alt, wie sie aber leider auch nach wie vor viel zu wenig mit tauglichen Mitteln angegangen wird. Europäische Hochglanzbroschüren (die z.T. sehr gut und informativ gemacht sind) nützen wenig, wenn sie nicht zu den Leser/innen gebracht werden. Auch an top-designeten Europa-Webseiten mangelt es nicht – doch wer sorgt dafür, dass sie auch wirklich wahrgenommen werden, in Doberlug, Frankfurt, Neukolbing, Düsseldorf, Schlüchtern, Hannover, Scharbeutz, Magdeburg, Finnentrop, Dresden oder Crivitz? Es gibt wirklich gute Argumente, für Europa, für die EU. Sie müssen nur diskutiert werden – direkt, mit den Zielgruppen.

Das beginnt schon mit der Aufklärung über ein paar simple Fakten, die oft zu einem fatalen Brei vermengt werden. Zum Beispiel der oben erwähnten Differenz zwischen 17 Euro-Staaten und EU – und dass die Krise des einen nicht zwangsläufig und in

allen Bereichen „1 zu 1“ die Krise des anderen bedeutet. Und dass bei der Europawahl nicht der Euro gewählt wird, sondern das Europäische Parlament aus 28 Mitgliedsstaaten. Und darüber, dass im Europäischen Parlament politische Arbeit ziemlich anders – vor allem: häufig über Fraktionsgrenzen hinweg – gemacht wird, als wir dies von den heimischen Parlamenten leider oft gewohnt sind (wo für die einen etwas schon deshalb schlecht ist, weil die anderen es gut finden). Und dass Demokratie gar nicht so selbstverständlich ist, wie die Beispiele Spaniens, Portugals und Griechenland noch bis in den Anfang der 80er Jahre hinein, sowie der osteuropäischen Staaten bis Ende der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts zeigen. Und dass es einen Unterschied macht, ob man die Wahl hat zwischen mehreren Parteien – oder „zwischen Einem“ (oder gar nicht, wie heute noch in zahlreichen Staaten dieser Erde). Und dass angesichts dessen trotz aller bestehenden Defizite der europäischen Demokratie(n) die Möglichkeit der Wahl eines Europäischen Parlaments eine Errungenschaft ist, die zumindest nicht durch Wahlabstinz entwertet werden sollte. Und last not least – dass gerade die deutsche Wirtschaft den Hauptteil ihrer Produkte in den „eigenen“ EU- (und Euro-) Raum hinein exportiert (und dann erst in den Rest der Welt). Weswegen es am Ende allen europäischen Nationalökonomien (einschließlich der deutschen Exportwirtschaft) nützt, wenn Euro-Krisenstaaten wieder auf die Beine kommen – im Sinne von „Solidarität & Kohärenz“.

Dies und mehr sind Argumente, die – so ist unsere Erfahrung – ihre Wirkung gerade auf die Zielgruppe der Jugendlichen und Jungwähler/innen nicht verfehlt, wenn sich die Chance bietet, mit ihnen darüber ins Gespräch zu kommen.

Europa an Brandenburger Schulen

Und genau dies ist der Ansatz, über den die Landesregierung Brandenburg 2004 gemeinsam mit der Gesellschaft für Europa- und Kommunalpolitik ein Projektformat für Schulen entwickelte, um anlässlich des mehr als dürftigen Wahlbeteiligungsergebnisses (s.o.) nachhaltige Aufklärungsarbeit über Europa und die Europäische Union zu betreiben. Es begann 2004 mit „Europa konkret“ und entwickelte sich ab 2007 zum Projektformat „Europa im Blick“, mit dem Zusatz „ – EU-Förderungen im Land Brandenburg“. Denn zumindest in der Förderperiode 2007-2013 war Brandenburg „Ziel-1-Region“, also mit der höchsten EU-Förderquote, speziell im Hinblick auf die EU-Fonds EFRE, ELER und ESF.

Anhand von anschaulichen Beispielen wurde dies durch die Dozent/innen von GEKO den Schüler/innen nahe gebracht, und deren Einwände und Bedenken wurden mit ihnen diskutiert. Diese Form der „Öffentlichkeitsarbeit für die EU-Fonds“ war zugleich auch immer eine „Lehrstunde“ über die Grundwerte der EU, allen voran Solidarität & Kohärenz als Angleichung der Lebensverhältnisse. Und über die Institutionen, die diese Politik formulieren und umsetzen – wie das Europäische Parlament. Es schafft Aha-Erlebnisse, wenn Brandenburger Schüler/innen merken, dass sie selbst vom Prinzip „Solidarität & Kohärenz“ profitieren. Schon im eigenen Land – Brandenburg ist Empfängerland des deutschen Länderfinanzausgleichs. Und im europäischen Rahmen – zumindest bis 2013 war Brandenburg in der höchsten Empfänger-Kategorie der EU „Ziel 1“. Fast an jeder Schule und in jedem Ort Brandenburgs stehen die „blauen EU-Schilder“ als Hinweis, wer den Bau von Schulen, Straßen und vielem mehr wesentlich mit gefördert hat. Warum soll für Griechenland, Spanien, Irland, Portugal oder Italien nicht gelten, was in Brandenburg gilt: europäische Solidarität, mit dem Ziel der Kohärenz?

In diesem Sinne mit den Schüler/innen ins Gespräch zu kommen ist ein Prozess, dessen Nachhaltigkeit gar nicht überschätzt werden kann. In jeder der inzwischen über 670 Unterrichts-Veranstaltungen seit 2007 kann man es – manchmal erwartungsgemäß, oft genug aber auch an unerwarteten Stellen – regelrecht „knirschen“ hören, wenn vorgefertigte Meinungen aufbrechen und sich Neugier für neue Informationen regt. Und Interesse, sich selbst mal ins „Ausland“ zu bewegen, im Rahmen des eigenen Ausbildungsweges, z.B. über die Programme des „Lebenslangen Lernens“, die bislang unter „Leonardo“ oder „Comenius“ firmieren und ab 2014 „Erasmus für alle“ heißen sollen.

Natürlich kann eine Schul-Doppelstunde nicht aus dem Stand jede Frage beantworten und jedes Vorurteil aufbrechen. Doch immerhin hat eine Studie, die das Ministerium für Wirtschaft und Europapolitik MWE 2010 in Auftrag gegeben hat, statistisch nachgewiesen, dass in Brandenburg im Zeitraum seit der vorherigen Untersuchung (2005) zumindest die Kenntnis von Europa (als einziger der befragten Zielgruppen) bei den 18 bis 25 jährigen um 20 Prozent, von 40 auf 60 Prozent, angestiegen ist. „Europa im Blick“ als einziges flächendeckendes face-to-face-Projekt seit inzwischen 7 Jahren hat da sicher einen Anteil an dieser positiven Entwicklung. (Anm.: Die Studie steht auf der Homepage von GEKO zur Verfügung.)

Projektstage zu Europawahlen 2014

Anlässlich der anstehenden Europawahlen 2014 ist die Landesregierung Brandenburg nun noch einen Schritt weiter gegangen. Ausgehend von Elementen von „Europa im Blick“ wurde gemeinsam mit GEKO das Projektformat „Projektstage zur Europawahl 2014“ entwickelt.

Das Format besteht zunächst insofern aus zwei Phasen: Zunächst wird mit Lehrer/innen interessierter Schulen der Projekttag vorbereitet. Da die Zielgruppe die Erstwähler/innen sind konzentriert sich das Projekt derzeit ausschließlich auf die Oberstufenzentren des Landes. Für ihre Vorbereitung mit den Schüler/innen erhalten die Lehrer/innen durch GEKO Fragestellungen (mit Begleitmaterial), mit denen sich die Schüler/innen beschäftigen sollen: Was weiß ich über Europa? Was wünsche ich mir von Europa? – von der Politik, von anderen Akteuren? Europa in den Medien – wie werde ich über Europa informiert – wie kann ich mich über Europa informieren? Was hat Europa mit meinen Berufsperspektiven zu tun? Europa konkret – wie fördert Europa Brandenburg? Welche Wahlprüfsteine formulieren wir für die Brandenburger Europaparlaments-Kandidaten?

Am Projekttag selbst werden die Ergebnisse dieser Vorbereitung in Workshops diskutiert und den jeweils anderen Schüler/innen präsentiert. Eingebunden sind Informations-Anteile zu verschiedenen EU-Themen durch die GEKO-Dozent/innen, mit besonderem Fokus auf das Europaparlament und die EU-Wahlen. Nach einer Mittagspause finden dann noch, je nach Region der Schule und Terminplan der Akteure, Plenums-Diskussionsveranstaltungen mit EU-Akteuren statt – so gab es am 11.11.2013 eine Diskussion von rund 100 OSZ-Schüler/innen mit der EP-Kandidatin der Grünen, Frau Schroedter, und am 29.11.2013 mit der EP-Kandidatin für die SPD, Frau Melior. Ein Projekttag endet mit einer Auswertungs-Runde zwischen den Lehrer/innen und den GEKO-Dozentinnen. In 2014 sollen weitere Projektstage und Diskussionsrunden mit weiteren EP-Kandidat/innen und EU-Akteuren folgen.

Als greifbare Ergebnisse der Workshops erarbeiten die Schüler/innen Stelltafeln mit Anschauungsmaterial zur EU und EP-Wahl. Dort finden auch die Karteikarten ihren Platz, auf dem die Schüler/innen ihre Antworten auf die Frage nach „was wünsche ich mir von Europa“ geschrieben haben.

Ein zweites greifbares Ergebnis ist die Durchführung einer „Europawahl“ zum Ende des Projekttages. In vorgefertigte blaue Wahl-Urnen mit gelben Sternen werden die Papp-Kärtchen eingeworfen, auf denen die Schüler/innen ihre konkreten Wahlprüfsteine für die EP-Kandidat/innen geschrieben haben – „Was sollen die Brandenburger Europa-Abgeordneten in der kommenden Wahlperiode konkret für Brandenburg bewirken?“ Ziel ist es, die Wahl-Urnen aller Projektstage vor der Europawahl im Mai 2014 auf einer Veranstaltung aller EP-Kandidat/innen diesen gesammelt zu überreichen.

Das Projekt bezieht in den Programmablauf des Projekttags je nach Region verschiedene Akteure mit ein – wie die Europe Direct Points, die Europa Union Brandenburg, die Brandenburger Europaparlaments-Kandidat/innen.

Ziel: Erhöhung der Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 2014

Eine Erfahrung ist, dass langfristig angelegte Ansätze gerade bei jungen Menschen die nachhaltigste Wirkung haben. Insofern ist es ein vorausschauender Ansatz, dass die Projektstage zu den Europawahlen 2014 bereits zu Beginn des Schuljahres 2013-14 gestartet wurden. Denn der Projekttag wirkt ja nicht nur auf die Schüler/innen, die direkt an den Workshops der Projektstage teilnehmen. Darüber hinaus entsteht in allen teilnehmenden Schulen eine thematische Stellwand, die im öffentlichen Bereich der Schule für alle Schüler/innen bereit steht. Neben dem Ansatz, diesmal die Kommunalwahl mit der Europawahl zusammen zu legen (wobei auf den Projekttagen auch das unterschiedliche Wahlalter beider Wahlen thematisiert wird), gehen wir davon aus, dass die Projektstage ein guter Baustein beim Ziel einer Erhöhung der Wahlbeteiligung in Brandenburg darstellen.

Hans-Peter Hubert ist Vorsitzender der Gesellschaft für Europa- und Kommunalpolitik GEKO e.V sowie Vorstandsmitglied der Europa Union Brandenburg

Kontakt: gekopost@geko-bb.de
www.geko-bb.de

